

Widmer Gysel: «Es steht viel auf dem Spiel»

Von der Reform der Unternehmenssteuer durch den Bund wird der Kanton Schaffhausen stark betroffen sein. Entsprechend fallen die Reaktionen aus.

Gewinne von Firmen sollen dort versteuert werden, wo sie erzielt werden. Das fordern sowohl die G 20 als auch die OECD. Damit kommen die Schweiz und vor allem die Kantone mit ihrem Steuermodell unter Druck. Am 22. September hat der Bundesrat die Unternehmenssteuerreform III (USR III) in die Vernehmlassung geschickt (siehe SN vom 23. September) und unter anderem erklärt, wie er die Steuerausfälle der Kantone ausgleichen will. Denn diese werden die Gewinnsteuern für Firmen senken müssen, um weiterhin attraktiv zu bleiben.

Was bedeutet diese Reform für den Kanton Schaffhausen? Wirtschaftsförderer Thomas Holenstein äussert sich wie folgt: «In Schaffhausen betrifft uns besonders die Abschaffung der 1948 eingeführten sogenannten Gemischten Gesellschaften, bei denen Auslands- und Inlandsumsätze getrennt besteuert werden. Diese Firmen – alteingesessene und zugezogene – stellen heute das Rückgrat der Steuereinnahmen juristischer Personen im Kanton dar. Fallen sie weg, haben wir einen riesigen Steuerausfall. Die derzeitige und wohl noch zwei bis drei Jahre dauernde Rechtsunsicherheit darüber, was danach folgen wird, ist schon heute Gift



Die Unternehmenssteuerreform III des Bundes wirkt sich auch auf das Portemonnaie des Kantons Schaffhausen aus. Bild Selwyn Hoffmann

für Ansiedlungen und Investitionsentscheide ansässiger Unternehmen.» Können die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, so etwa die Lizenzboxen, die Abwanderung von Firmen verhindern? Dazu Holenstein: «Die Lizenzboxen sind höchstens ein Teil der Lösung. Die EU kennt dieses Instrument auch, die OECD kämpft dagegen. Wegzüge alteingesessener und neuer Firmen wird es dann geben, wenn die Vorschläge des Bundesrats politisch nicht durchkommen sollten. Der Bundesrat empfiehlt den Kantonen klar, den normalen Steuerfuss für juristische Personen zu senken. Damit würden vor allem KMU und Gewerbe steuerlich entlastet, global agierende Firmen würden mehr zahlen, aber wohl

kaum wegziehen. Damit wäre die angestrebte Steuergerechtigkeit ohne Abwanderung und Arbeitsplatzverluste hergestellt. Den Kantonen soll ein Teil des Steuerausfalls durch neue Transferzahlungen des Bundes kompensiert werden. Ohne diese Lösung sehe ich massive Probleme auf uns zukommen. Schaffhausen wäre besonders betroffen. Wir müssen steuerlich mindestens im vorderen Drittel bleiben, um unsere Grenzlage kompensieren zu können.»

Auswirkungen der USR III könnten auch auf die Gemeinden durchschlagen. Der städtische Finanzreferent Peter Neukomm hat die umfangreiche Vorlage noch nicht im Detail studiert. Dennoch: «Die vom Bund geschätzten 1,7 Milliarden Steuerausfälle betreffen

auch die Städte, über die Kompensation der Gemeinden äussert sich der Bund aber nicht», sagt Neukomm. Die Verteilung dieser Kompensationen wird den Kantonen überlassen, was die Städte habe hellhörig werden lassen: «Die Reform könnte gerade bei den grösseren Städten zu enormen Ausfällen und damit verbundenem Leistungsabbau führen», warnt Neukomm, «dieser Punkt wird im Rahmen der Finanzdirektorenkonferenz der Städte im Oktober zur Sprache kommen.»

Weil die Unternehmenssteuern im Kanton und in der Stadt bereits früher deutlich gesenkt wurden, rechnet er im Vergleich zu anderen Städten mit weniger hohen Ausfällen. «Welche Kosten effektiv auf uns zukommen, müssen wir zuerst genau analysieren», sagt Neukomm, der aber nicht sehr zuversichtlich ist für die Vorlage. Die Kapitalgewinnsteuer sei sehr umstritten, zudem sieht er in der geplanten Einführung von Lizenzboxen nur eine Übergangslösung: «Wir werden damit leben müssen, dass wir die Steuererleichterungen nicht mehr werden gewähren können», meint Neukomm, deshalb gelte es, sich auf andere Standortvorteile zu konzentrieren.

Mittelfristig 16 Millionen vom Bund

«Es steht viel auf dem Spiel.» Mit diesen Worten reagierte Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel gegenüber den SN auf die Frage, was die USR III für den Kanton Schaffhausen bedeute. Warum das so ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Im Kanton Schaffhausen wären 175 Holdinggesellschaften und 192 Verwaltungsgesellschaften mit

rund 3000 Arbeitsplätzen von der Abschaffung des besonderen Steuerstatus betroffen. Diese Gesellschaften zahlten 2012 33,1 Prozent der einfachen kantonalen Gewinnsteuer in Höhe von 9,7 Millionen Franken sowie 31,1 Prozent der einfachen kantonalen Kapitalsteuer in Höhe von 1,3 Millionen Franken. Mit der USR III wären nicht nur ein Teil dieser Einnahmen, sondern auch die damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet.

Daher begrüsse es die Regierung, so Widmer Gysel, dass der Bundesrat sich für differenzierte Ersatzmassnahmen ausgesprochen habe, insbesondere für eine stärkere Beteiligung der Kantone an der direkten Bundessteuer. «Der vom Bund in Aussicht gestellte vertikale Ausgleich könnte den Kanton Schaffhausen mittelfristig mit etwa 16 Millionen Franken entlasten; das ist daher einer der entscheidendsten Punkte der Vorlage», erklärte Widmer Gysel. Mit diesem Betrag sowie den Einsparungen durch das Entlastungsprogramm 2014 gewinne der Kanton wieder einen Handlungsspielraum, der es ihm erlaube, Firmen alternative Angebote zu machen. «Zuerst aber müssen die Details der Vorlage genau angeschaut und geprüft werden» betonte Widmer Gysel. Das Finanzdepartement werde jetzt die Stellungnahme für die Vernehmlassung an den Bund zuhanden des Regierungsrates ausarbeiten. «Das wird in enger Konsultation mit der Stadt Schaffhausen und Neuhausen geschehen, haben doch dort die meisten juristischen Personen ihren Sitz», so Widmer Gysel. (ek/dj./rob)

Fürer meint ...

The party is over

Die Party ist vorbei. Wir hätten viel zu lange über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt müsse endlich gespart werden. Das ist die regierungsrätliche Botschaft zum Entlastungsprogramm 2014.

Die Party soll vorbei sein, doch die Reichen dürfen im neuen Jahr weiterhin dem Partyrasch verfallen. Was soll der dreifache Familienvater, die Schülerin, der Werkstudent oder die Seniorin im Altersheim davon denken?

Das Entlastungsprogramm ist unausgewogen und unsozial. Statt die Steuereinnahmen zu erhöhen, sollen die Familien und sozial Schwachen für die kantonale Finanzkrise büssen. In den letzten zehn Jahren wurden den Reichen Steuererleichterungen in Höhe mehrerer Millionen gewährt sowie Reiche und Unternehmen mit irrsinnigen Steuergeschenken angelockt.

Selbst als die Kantonsfinanzen in Schieflage gerieten, sträubten sich die Bürgerlichen weiterhin, eine neue Steuerpolitik einzuläuten. Noch schlimmer, sie sträubten sich gar gegen mehr Steuereinnahmen bei der Motorfahrzeugsteuer. Einer Steuer, die notabene seit 45 Jahren nicht mehr angepasst wurde und für heutige Verhältnisse massiv zu tief ist. Während die Preise für Grundnahrungsmittel in dieser Zeit um fast das Vierfache angestiegen sind, blieb die Motorfahrzeugsteuer gleich. Bereits aus einer Erhöhung um einen Viertel, das sind jährlich 30 Franken mehr für ein Fahrzeug, ergäben sich 1,33 Millionen Franken Mehreinnahmen für den Kanton. Es ist absolut lächerlich, sich solch minimalen Steueranpassungen zu verschliessen und uns Linken nun fehlenden «Sparwillen» vorzuwerfen.

Das neue Entlastungsprogramm hätte Hand für eine gerechte Steuerpolitik bieten können, aber nein. Selbst die bürgerliche Regierung sträubt sich dagegen. Vorgesehen ist eine tempo-



Seraina Fürer

räre Steuererhöhung von drei Prozent für juristische und natürliche Personen. Ein Vorschlag, der viel zu wenig weit geht. Notwendig wäre eine Steuererhöhung im doppelten Umfang und ohne temporäre Begrenzung. Alles andere sind Peanuts – die es sich an einer Party kaum lohnt anzubieten. Dabei hätte die Regierung zwei feine Häppchen an Steuervorschlägen griffbereit. Das wären die eingereichten Reichensteuer-Initiative und die Volksinitiative «Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre». Doch diese Initiativen treffen wohl nicht den (bürgerlichen) Geschmack des Regierungsrates und der Mehrheit des Kantonsrates. Bis sich diese von ihrer Geschmacksverirrung erholt haben, greifen auch wir Linken zu den Peanuts, um so den Hunger unserer Staatskasse zumindest ein wenig zu stillen. Während auf der Steuerseite die Reichen und die Unternehmen verschont bleiben, wird auf dem Rücken der Jungen und Alten, sozial Schwachen und Familien gespart. Lektionen an der Volksschule werden gestrichen, die Eltern werden gezwungen, mehr Schulgeld für ihre Kinder zu bezahlen, Bildungsangebote nach der obligatorischen Schulzeit werden gestrichen oder auf ein Minimum zusammengekürzt, Leistungen in der Schulentwicklung abgebaut und ein Teil des schulischen Grundangebots an der Kantonschule gestrichen. Dass die Bildung das wichtigste Gut einer Gesellschaft ist, scheint die Regierung im Sparwahn zu vergessen.

Doch damit nicht genug! Um zu sparen, sollen die Sozialhilfe gesenkt, die Leistungen an die IV-Heime gekürzt oder Stellen von Lehrpersonen und Pflegepersonal abgebaut werden.

Ein Sparvorschlag folgt dem nächsten, oder treffender formuliert: Eine Frechheit folgt der nächsten. Die wohl grösste Frechheit blieb bis anhin jedoch unerwähnt – die Reduktion bei den Prämienverbilligungen. Die Idee des Regierungsrates: Der Kanton spart neun Millionen Franken, und die Familien müssen diesen Betrag aus der eigenen Tasche bezahlen. Diese Sparidee ist nicht nur ein Hohn gegenüber allen Familien, sondern auch gegenüber allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die vor knapp zwei Jahren dasselbe Begehren mit einer deutlichen Mehrheit verworfen haben. Damals bremste das Schaffhauser Stimmvolk den Sparübermut der Regierung. Dasselbe wird leider auch beim neuen Sparpaket notwendig sein. Dürfen die Reichen im neuen Jahr weiterhin dem Partyrasch verfallen? Wir sagen entschieden Nein. Während die Jungen und Alten, Familien und sozial Schwachen immer weniger am Ende des Monats auf dem Konto haben, wälzen sich die Reichen in ihrem stetig steigenden Vermögen. Mir stellt sich da die Frage, wie viel muss man gefestet haben, um nicht zu schnallen, dass ein Sparpaket nicht im Reichen-Party-Modus funktioniert? Keine Sorge! Ein grosser Teil der Schaffhauserinnen und Schaffhauser denkt selbst mit drei Promille noch klarer als die bürgerliche Allianz. Wir werden uns zur Wehr setzen und den Reichen ihre Party vermiesen: Your party is over!

Seraina Fürer ist wissenschaftliche Assistentin am Zentrum für öffentliches Wirtschaftsrecht (ZOW) der ZHAW in Winterthur und sitzt für die Juso Schaffhausen im Kantonsrat.

Die An- und Einsichten unserer Kolumnisten publizieren wir gerne, weisen aber darauf hin, dass sie selbstverständlich nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen müssen.

Baumaterial Eine Lieferung, die niemand will



Bei Renata Tinner an der Irchelstrasse in Neuhausen wurde am Dienstag eine Lieferung Verbundsteinplatten auf dem Vorplatz abgestellt. Diese stehen noch immer dort – denn Tinner hatte die Platten gar nie bestellt. «Weder die Verwaltungs- noch die Kantonspolizei konnten herausfinden, für wen diese Lieferung bestimmt ist», sagt Tinner. Auch in der Nachbarschaft ist man ratlos. «Solange die Steinplatten dort stehen, kann ich mein Auto nicht parkieren – wenn also jemand auf eine Lieferung Baumaterial wartet, soll er sich bei mir melden, damit wäre mir auch gedient», so Tinner. (fr) Bild zvg

Personalien

Regula Schnider aus Niederneunforn hat ihren Bachelor in Sozialarbeit an der Fachhochschule Luzern erfolgreich absolviert.

Katharina Probst aus Gächlingen hat den Bachelor der Studienrichtung Soziokultur ebenfalls in Luzern abgeschlossen.

Simone Soldati Uehlinger aus Schaffhausen hat ihren Bachelor in Sozialpädagogik an der Fachhochschule St. Gallen beendet.

Laura John hat ebenfalls in St. Gallen erfolgreich einen Bachelorabschluss in Sozialpädagogik gemacht.



Laura John aus Schaffhausen

Wir danken

Die FDP der Stadt Schaffhausen und das überparteiliche Komitee für Raphaël Rohner bedanken sich bei den knapp 6000 Wählern, welche Raphaël Rohner als ihren Stadtpräsidenten bevorzugten. Ebenso herzlich danken wir allen, welche sich im Wahlkampf in irgendeiner Form für Raphaël Rohner engagierten. Das sehr gute Ergebnis zeigt, dass beinahe die Hälfte der Schaffhauser Wählerinnen und Wähler dem FDP-Kandidaten das Zutrauen und der bürgerlich-liberalen Politik das Vertrauen schenken. Aus diesem Grund bitten wir Sie, im zweiten Wahlgang den bürgerlichen Stadtratskandidaten Daniel Preisig (SVP) zu unterstützen.

Personalien

Marguerite Scheidegger aus Schaffhausen kann heute am 4. Oktober ihren 90. Geburtstag feiern. Trotz Beschwerden des Alters meistert die Jubilarin ihren Alltag tapfer in den eigenen vier Wänden. Zum Wiegenfeste nur das Allerbeste!